

Mehr Realismus und Pragmatismus in der Energiewendepolitik erforderlich

Anmerkungen von Nikolaus Gehrs, Vorsitzender des Vorstandes des AFM+E Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.

Berlin, im August 2015. Der Energieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland ist im zurückliegenden Jahr 2014 auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken. Gleichwohl sind die ausgesprochen anspruchsvollen Ziele der Bundesregierung für die Energiewende noch weit entfernt: Bis zum Jahr 2020 sollten die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent und der Primärenergieverbrauch um 20 Prozent sinken. Für das Jahr 2050 liegen diese Reduktionsziele sogar bei 95 und 50 Prozent. Um dorthin zu kommen, soll zum einen Energie eingespart und zum anderen der Anteil der erneuerbaren Energien erhöht werden, so dass deren Anteil bis 2020 auf 18 Prozent und bis 2050 auf 60 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs steigt.

Um diese Ziele zu erreichen, sind völlig neue Ansätze erforderlich, und zwar sowohl bei der Erzeugung als auch beim Verbrauch von Energie. Sie werden sich nicht ohne einen großen technischen Fortschritt erreichen lassen, den wir jetzt noch nicht genau kennen, der noch entdeckt werden muss. Und es werden erhebliche Investitionen getätigt werden müssen, die nicht nur kostspielig sind, sondern, wie der technische Fortschritt, auch Zeit kosten. Die Unsicherheit ist groß, denn der konkrete Verlauf der Energiewende liegt in weiten Bereichen im Diffusen. Die für die Bundesregierung berechneten Szenarien helfen wenig, da es sich um Zielszenarien handelt, bei denen die vorgegebenen „Ziele“ definitionsgemäß erreicht werden, die Methoden dazu aber im Dunkeln bleiben. Inwieweit die Ziele realistisch sind, wird in der Regel nicht offen diskutiert, und auch nicht, welche Kosten damit verbunden sind. Aber immerhin hat kürzlich der Wirtschaftsrat der CDU einmal laut ausgesprochen: „Deutsche Klimaziele nach Grundrechenarten nicht erreichbar.“ Unklare und unrealistische Ziele machen die Planung von Investitionen schwierig, so dass Fehlinvestitionen vorprogrammiert sind. Damit steigt die Belastung für die Haushalte, und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wird beeinträchtigt.

Häufig und lange wurde die Energiewende mit der Knappheit von Energiereserven begründet: Tatsächlich wuchs die Energienachfrage über eine länger Phase schneller als das Angebot, so dass die Preisen stark gestiegen sind. Inzwischen ist das Energieangebot aufgrund von Fracking und anderer neuer Technologien sowie einer expansiven Förderpolitik einiger Staaten schneller gewachsen als die Nachfrage, und die Preise für Öl, Gas und Kohle sind gefallen. Zu diesem Thema war kürzlich in der Financial Times sehr treffend zu lesen: „Nachdem die Gedanken lange um die Frage eines Erdöl-Fördermaximums kreisten, sprechen wir neuerdings über ein Öl-Nachfragemaximum. Das ist ein sehr bemerkenswerter Wandel innerhalb von 10 Jahren.“ Da die erneuerbaren Energien schon bei hohen Preisen von Öl und Gas ohne staatliche Förderung kaum konkurrenzfähig waren, sind sie bei niedrigen Preisen noch sehr viel weiter davon entfernt.

Insgesamt werden wir nicht umhin kommen, die Klimawendepolitik wieder mehr an die Realität heranzuführen - was die Ziele und deren schrittweise Umsetzung im Verlauf der kommenden Jahrzehnte betrifft als auch im Hinblick auf Konflikte mit wirtschaftlichen und sozialen Zielen.

Im Bereich der Stromerzeugung ist die Energiewende weit fortgeschritten

Lange Zeit war die Veränderung im Erzeugungsmix von Strom geradezu ein Synonym für die Energiewende. Mit den über die EEG festgelegten Einspeisevergütungen für die Erzeugung von erneuerbaren Strom aus Wind und Sonne hat man einen raschen Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten erreicht - allerdings unter weitgehender Ausschaltung marktwirtschaftlicher Grundsätze und deshalb mit hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten.

Der vermeintliche Erfolg beim Kapazitätsausbau der erneuerbaren Energien hat neue Probleme deutlich gemacht: Wind und Sonne stehen anders als die verlässlich regelbaren konventionellen Energieträger nicht immer zur Verfügung. Und Strom kann, im Gegensatz zu Öl, Gas und Kohle, nicht wirtschaftlich in großem Umfang gespeichert werden. Deshalb erfordern die erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten teure Backup-Kapazitäten. Derzeit fördert Deutschland die erneuerbaren Energien mit etwa 22 Mrd. US-Dollar so stark wie kein anderes Land, auf Platz zwei liegt die USA (15 Mrd.), dann kommen Italien (14 Mrd.), Spanien (8 Mrd.) und China (7 Mrd.). Dazu kommen nun noch Speicher und der notwendige

Ausbau der Netze, bei denen neben den Kosten auch die gesellschaftliche Akzeptanz den notwendigen Ausbau verhindert. Derzeit hat Deutschland mehr Stromerzeugungskapazität als notwendig, was dazu führt, dass moderne Gaskraftwerke nur wenige Stunden im Jahr genutzt werden und deshalb nicht rentabel sind. Dies wird sich aber mit dem Ausstieg aus der Kernenergie ändern durch den immerhin weitere zehn Prozent der gesicherten Erzeugungskapazität wegfällt. Deshalb werden wir noch über längere Zeit die vorhandenen Kohle und Gaskraftwerke benötigen und gegebenenfalls sogar noch weitere hinzubauen müssen.

Hohe ungenutzte Einsparpotenziale im Wärmemarkt

Der größte Teil der Energie wird im Wärmemarkt verbraucht. Auch hier gibt es anspruchsvolle Ziele: Bis 2020 soll der Wärmebedarf um 20 Prozent gesenkt und der Anteil der erneuerbaren Energien auf 14 Prozent erhöht werden; bis 2050 wird dann ein „nahezu klimaneutraler“ Gebäudebestand angestrebt. Die Sanierung des Gebäudebestands ist von erheblicher Bedeutung. Hier geht es bisher sehr langsam voran, was auch darauf zurückzuführen ist, dass lange sehr teure Maximalforderungen gestellt und gefördert wurden. Ein Bestandsgebäude in ein nahezu klimaneutrales Gebäude zu verwandeln ist – sofern überhaupt möglich – extrem teuer. Somit sind Sanierungsaktivitäten oftmals unterblieben. Das gilt auch für Gebäude des öffentlichen Sektors.

Bisher wird die Wärmeversorgung durch Gas- und Ölheizungen dominiert, die einen Anteil von 90 Prozent an den zentralen Wärmeerzeugern für häusliche Wärmeversorgung haben. Da die Heizkessel über die Jahre immer effizienter wurden, sind die fast 6 Mio. Öl- und über 13 Mio. Gasheizkessel in Abhängigkeit von ihrem Alter von höchst unterschiedlicher Qualität. Der größte Teil der Heizungen nutzt aber veraltete Technologien, so dass durch einen Austausch der Kessel vergleichsweise günstig Effizienzpotenziale gehoben werden können.

Darüber hinaus können Öl- und Gasheizungen in verschiedenster Form mit erneuerbaren Energien kombiniert werden, etwa mit Solarthermie. Mit solchen Modernisierungsmaßnahmen können im Wärmemarkt schnell und kostengünstig weitere CO₂-Einsparungen erreicht werden.

Viele Haushalte können aus finanziellen Gründen nicht alle Maßnahmen zur Reduzierung des Energiebedarfs gleichzeitig vornehmen. Deshalb sollten von Seiten der Politik stets auch einzelne Sanierungsmaßnahmen wie die Modernisierung der Heizung gewürdigt werden. Einfache Förderprogramme wie z. B. auch das Branchenprogramm „Deutschland macht Plus“ des Instituts für Wärme und Oeltechnik (IWO) machen hier Sinn. Die im Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) von der Bundesregierung beschriebenen Beratungs- und Fördermaßnahmen gehen ebenfalls in die richtige Richtung.

Maximalforderungen, bei denen Heizungsmodernisierungen mit umgehenden CO₂-Einsparung von 30 bis 40 Prozent ablehnt werden, weil so die Nutzung fossiler Energien verlängert würde, führen zu einem Attentismus, der Fortschritte verhindert. Daher kann also nur die Schlussfolgerung lauten: Veränderungen im Wärmemarkt sollten nicht mit Zwang jedweder Art, sondern mit einer realistischen und pragmatischen Politik gefördert werden, die sich Technologieoffenheit, Kosten-Nutzen-Überlegungen und sozialen Aspekten orientiert.

Stark steigende Mobilitätswünsche verhindern Einsparungen

Noch schwieriger als im Wärmebereich gestaltet sich die Energiewende im Verkehrssektor. Zwar gibt es auch hier erhebliche Effizienzsteigerungen, gleichzeitig nehmen aber der Gütertransport und auch die individuellen Mobilitätsbedürfnisse zu: Seit 1990 hat sich der Güterverkehr (gemessen in Tonnenkilometern) mehr als verdoppelt, und der Personenverkehr hat immerhin um 60 Prozent zugenommen. Dabei finden 80 Prozent des Personenverkehrs und 70 Prozent des Güterverkehrs auf der Straße statt. Trotz der großen Steigerungen der Transportleistungen hat der Kraftstoffverbrauch in Deutschland abgenommen, wenn auch nur geringfügig. Die bezogen auf die Verkehrsleistung erheblichen Einsparungen sind primär auf immer effizientere Motoren zurückzuführen. Dies zeigt sich bei Neuwagen, deren Durchschnittsverbrauch von 8,8 Liter je 100 km im Jahr 1991 um 33 Prozent auf 5,5 Liter abgenommen hat.

Bisher basiert der Straßenverkehr fast ausschließlich auf Pkw und Lkw, die mit Benzin oder Diesel angetrieben werden. Den Substitutionsmöglichkeiten durch Biokraftstoffe der ersten Generation werden aus Nachhaltigkeitsaspekten politisch Grenzen gesetzt. Erdgasfahrzeuge auf Basis von CNG werden trotz steuerlicher

Förderung des Kraftstoffes von den Autofahrern schlichtweg nicht angenommen. Was die Potenziale der Elektromobilität angeht, so ist hier die Zahl der Fahrzeuge mit etwas über 100.000 ausgesprochen gering, wenn man sie mit dem Pkw-Bestand von 44 Mio. vergleicht. Um bei den Verbrauchern voll akzeptiert zu werden, müssen die Elektroautos bei Preis und Leistungen wie Ladezeiten und Reichweiten wettbewerbsfähig werden, was aller Voraussicht nach noch lange dauern wird. Außerdem kann die Elektromobilität ihre klima- und energiepolitischen Vorteile nur dann erreichen, wenn sie mit Strom aus ausschließlich erneuerbaren Energien gespeist wird, was derzeit nicht sichergestellt werden kann.

Die Personen- und Güterbeförderung auf der Straße wird noch für eine sehr lange Zeit auf Verbrennungsmotoren und konventionelle Mineralöle angewiesen sein. Dabei werden technischer Fortschritt, ökonomische Überlegungen und politische Vorgaben, wie schon in der Vergangenheit, die Effizienz weiter verbessern. Alternativen wie Bahn und (Binnen-) Schiffe können nur begrenzt expandieren, so dass umweltpolitisch motivierte Maßnahmen mit Augenmaß erfolgen müssen, will man erhebliche volkswirtschaftliche Schäden vermeiden.

Der Pariser Klima-Gipfel und neue Ziele zur CO₂-Emissionen

Die Vorbereitungen des Klima-Gipfels in Paris deuten darauf hin, dass die Staaten Beschlüsse in Richtung verstärkter Einsparungen von CO₂-Emissionen erreichen werden. In dem Zusammenhang wird zum Teil von einer Dekarbonisierung der Wirtschaft gesprochen. Länder wie beispielsweise die USA und China werden darunter aber nicht eine völlige Abkehr von fossilen Rohstoffen insgesamt verstehen, sondern eher einen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Dies fällt den USA zurzeit besonders leicht da dort die Gaspreise aufgrund von Fracking stark gesunken sind, so dass ohnehin Kohlekraftwerken stillgelegt werden. Dies führt auch zu der angestrebten CO₂-Emissionsvermeidung. Vor diesem Hintergrund sollten wir vielleicht auch in Deutschland unsere Erdgaspolitik überdenken. Das betrifft versorgungsseitig u.a. die ablehnende Haltung gegenüber einer heimischen Förderung, den Aufbau einer Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas und eine verbesserte Krisenvorsorge nach dem Vorbild des Erdölbevorratungsverbandes. Anwendungsseitig hat Erdgas u.a. Potential im Kraftwerkssektor, in der Schifffahrt und im Güterstraßenverkehr.

Betrachtet man die Energiewende insgesamt, so werden der Bund und die Länder ihre anspruchsvollen Ziele voraussichtlich nicht in der erhofften Zeit erreichen, im Wesentlichen wohl deshalb, weil sie nie erreichbar waren. Deshalb ist auch davor zu warnen, die Energiewende mit weiteren Markteingriffen in Form von Steuern, Subventionen oder Ver- und Geboten herbeizwingen zu wollen. Solche Maßnahmen gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland insgesamt. Deutschland ist mit einem gesamtwirtschaftlichen Industrieanteil von etwa 23 Prozent mit großem Abstand führend in Europa. Insbesondere durch die Stärke auf dem Gebiet der Investitionsgüterindustrie kann Deutschland am globalen Wirtschaftsboom partizipieren. Eine Energiewendepolitik darf diese Stärke nicht aufs Spiel setzen. Der Flurschaden wäre verheerend und wahrscheinlich nicht reparabel. Vielmehr sollten Realismus und Pragmatismus unsere Politik prägen. Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden: Die Energiebranche selbst ist ein für Beschäftigung und Wertschöpfung wichtiger Wirtschaftszweig. Dabei spielt der Mittelstand, gerade was die Mineralölwirtschaft betrifft, eine entscheidende Rolle. Er sorgt für Wettbewerb und trägt damit wesentlich zu einer preisgünstigen Versorgung Deutschlands mit Energie bei.